

UB Vorderpfalz **Arbeitsgemeinschaft für Migration und Vielfalt**

Präambel

Stand: 19.02.2013

Grundlage des Zusammenlebens unserer Gesellschaft ist das Grundgesetz, nach dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind (Artikel 3, Absatz 1). Damit werden allen Bürgerinnen und Bürgern – ausdrücklich ungeachtet von Herkunft oder Religion – gleiche Rechte garantiert, aber auch gleiche Pflichten auferlegt. Wo Einwanderer aufgefordert sind sich zu integrieren, müssen sie aber auch über alle Möglichkeiten verfügen, um am Leben unserer Gesellschaft teilnehmen zu können.

Damit dies umgesetzt werden kann, müssen gesetzliche Rahmenbedingungen wie z.B. die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft geschaffen werden, um zu verhindern, dass sowohl aktiver Rassismus als auch passiver Rassismus aus Versehen in allen Lebensbereichen geschehen kann.

Wir in der Vorderpfalz erleben seit vielen Jahrzehnten, wie Einwanderung unser Leben kulturell, sozial und wirtschaftlich bereichert. Im Laufe ihrer Geschichte hat die Bundesrepublik immer wieder eine Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern erlebt. Flüchtlinge, Heimatvertriebene und später Arbeitsemigranten, die in ihren Heimatländern von deutschen Firmen angeworben wurden, brachten unser Land nach dem zweiten Weltkrieg wirtschaftlich erfolgreich voran.

Bis heute erleben wir Wirtschaftsemigration von Menschen die keinen anderen Weg für sich und ihre Familien zum Überleben sehen, nur den ihre Heimat zu verlassen um anderswo Arbeit und ein Auskommen zu erhalten. Spätaussiedler kommen zurück an ihre familiären Ursprünge. Den traumatischsten Hintergrund ihre angestammte Heimat zu verlassen, haben Flüchtlinge die in Deutschland Asyl suchen.

Als Sozialdemokraten/Innen verstehen wir Chancengleichheit und wechselseitige Anerkennung als die Basis und das Ziel für all die Menschen die dauerhaft in Deutschland leben. Dafür braucht es eine vorsorgende, präventive Gesellschaftspolitik.

Die AG Migration und Vielfalt des UB- Vorderpfalz setzt sich deshalb zum Ziel:

gemeinsam mit vielen anderen schon Engagierten und bestehenden Institutionen innerhalb und außerhalb der SPD, Chancengleichheit in den Bereichen von Bildung, Ausbildung, des Berufslebens, im Wohnungsbereich, sowie in kulturellen und religiösen Bereichen herzustellen. Damit wollen wir zu einem menschlicheren und sozial gerechterem vielfältigen Zusammenleben beitragen und die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte fördern.

Uns liegt daran, Dialog und Austausch zu schaffen mit Verbänden und der Selbstorganisation von Migranten, sowie Vertretern aus Zivilgesellschaft, den Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, der

Wirtschaft und den Gewerkschaften proaktiv zu fördern und einzufordern.

Als Arbeitsgemeinschaft in der SPD sehen wir es als unsere Aufgabe -

- Impulse zur Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Politik für Vielfalt und Teilhabe zu geben und diese themen- und strukturübergreifend als Schwerpunkte der SPD zu verankern
- Vielfalt und eine interkulturelle Öffnung innerhalb der SPD voran zutreiben
- Menschen mit einer Migrationsgeschichte für sozialdemokratische Politik zu gewinnen
- die politische Unterstützung für die Arbeit der bestehenden Migrationsbeiräte in den Städten Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer sowie den Gemeinden im Rhein-Pfalz-Kreis
- die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für alle zu ermöglichen, auch für Migrantinnen und Migranten die rechtmäßig und dauerhaft mindestens fünf Jahre in Deutschland leben
- der Einführung anonymer Bewerbungsunterlagen, damit tatsächliche Gleichheit besteht für Menschen jeglicher ethnischer Herkunft, Religionszugehörigkeit, jeden Alters, Geschlechts und Familienstandes
- die Anerkennung internationaler Studiengänge und beruflicher Qualifizierung für Menschen, die in der Bundesrepublik arbeiten wollen. Dazu werden Beratungsstellen benötigt, die bei Antragstellungen, Bewerbungen usw. behilflich sind.
- eine offene und sachkundige Diskussion über religiöse Fragen und deren gesellschaftliche Zusammenhänge
- eine faire Zuwanderungspolitik, die qualifizierte Menschen willkommen heißt, ohne andere zu disqualifizieren oder zu benachteiligen
- die kritische Beobachtung der Berichterstattung in den Medien der Region, gerade dann, wenn es um Diskriminierung ethnischer Gruppierungen in der Bevölkerung, im Besonderen im Zusammenhang mit Straftaten geht.